

Sophia Hofer

Medien machen heißt, Medien verstehen

Radio Lotte? Warte, davon habe ich, glaube ich, schon mal gehört. Waren das nicht die, die einen Sitz beim NSU-Prozess zugewiesen bekommen haben? Das war doch irgend so ein kleiner Lokalsender, oder? Ach, ein Bürgerradio aus Weimar?

Das in der ehemaligen Hauptstadt der Dichter und Denker sitzende Radio Lotte Weimar ist wahrscheinlich das bekannteste Bürgerradio in Deutschland. Großen Wirbel gab es damals, im Frühjahr 2013, als das kleine, unbekanntere Radio Lotte einen der begehrten Presseplätze für den NSU-Prozess bekommen hatte, während die überregional Etablierten wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder DIE ZEIT leer ausgingen. Neid und Hämie richteten sich damals gegen das Bürgerradio. Die großen Etablierten fragten, ob so ein kleines Bürgerradio tatsächlich die Kompetenzen hätte, angemessen über solch einen Jahrhundertfall zu berichten. Zudem: Was wollen die da eigentlich?

Nun, drei Jahre später, während der NSU-Prozess in der Berichterstattung der großen Medien wenn überhaupt noch als Randnotiz auftaucht, berichtet Radio Lotte weiterhin wöchentlich aus dem Gerichtssaal in München. Kein anderer Journalist saß vermutlich so oft in den Verhandlungen wie der Weimarer Radiomacher Friedrich Burschel.

Die dritte Säule im Rundfunk

Natürlich: In den drei Jahren seit Beginn der Verhandlungen ist viel passiert. Die Flüchtlingskrise, der Abgasskandal, die US-Wahlen. Tageszeitungen und Fernsehnachrichten können schlichtweg nicht über alles berichten, schon allein weil die Kapazitäten für die Berichterstattung nicht unendlich sind. Eine dreihundertseitige Tageszeitung mag auch niemand lesen. Und so werden alte Themen nach und nach durch neue auf der Agenda ersetzt. Drei Jahre lang von ein und demselben Fall zu berichten? Ein Unding, zumindest für die Etablierten.

Genau hier aber können Bürgermedien ansetzen. Sie können abdecken, was die Großen nicht schaffen abzudecken. Sie können die Fragen stellen, die die anderen vergessen haben zu fragen.

Entstanden sind die ersten Bürgermedien im Zuge der Dualisierung des Rundfunksystems. Zu ihnen gehören heute Freie Radios, Offene Kanäle, der Bürgerrundfunk und auch die Hochschulradios. Die Idee war es, den beiden Säulen – dem privat-kommerziellen Rundfunk und dem öffentlich-rechtlichen – eine dritte Säule entgegenzusetzen, um die Medienvielfalt noch zu vergrößern. Vor allem ging es aber darum, den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zu

Medien, Produktionsmitteln und Programgestaltung zu ermöglichen. Es sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, bei der sich die Menschen selbst kritisch mit der Berichterstattung auseinandersetzen. Und der beste Weg, Medien zu verstehen, ist es, Medien zu machen.

Element politischer Partizipation

Wie der Name schon sagt, sitzen in den Redaktionsräumen Bürgerinnen und Bürger. Und das hauptsächlich ehrenamtlich. Sie brauchen keine besonderen Vorkenntnisse, kein medienwissenschaftliches Studium oder sonst eine Ausbildung. Das einzige, was die Menschen in den Redaktionsräumen verbindet, ist die Leidenschaft daran, Medien zu machen. Es geht darum, Nachrichten nicht nur passiv zu konsumieren, sondern selbst die Welt zu hinterfragen. Dort lernt der Krankenpfleger, einen richtigen Radiobeitrag zu bauen und die 15-jährige Schülerin hat ihre eigene Sendung, in der sie die aktuelle Lokalpolitik kommentiert oder Nachwuchskünstler vorstellt. Bürgermedien sind mehr als nur eine Ausbildungsstätte für mehr Medienkompetenz. Sie geben den Menschen eine Stimme und komplementieren die Berichterstattung. Während die Redaktionen der großen journalistischen Medien immer homogener werden, sind die Medienmacherinnen und -macher der Bürgermedien bunt gemischt.

Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Menschen „den Medien“ ihr Vertrauen entziehen und auf den Straßen „Lügenpresse“ skalieren, ist es umso wichtiger, Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Berichterstattung mit einzubeziehen. Wer selbst Medien macht, muss lernen zu recherchieren, Quellen zu bewerten und sich selbst mit der „Wahrheit“ auseinanderzusetzen. Wer selbst Medien macht, kann selbstbewusst Medien konsumieren, ohne ihrer Berichterstattung blind vertrauen zu müssen. Wer selbst Medien macht, fängt aber vor allem an, sich mit der Gesellschaft, in der er oder sie lebt, auseinanderzusetzen und diese mitzugestalten. Bürgermedien sind also ein wichtiges Element politischer Partizipation.

Hindernisse überwinden

Jedoch sehen sich Bürgermedien verschiedenen Problemen gegenüber. Erstens ist es für sie schwer, in dem übermäßigen Medienangebot in Deutschland Aufmerksamkeit zu erlangen. Oft produzieren sie nur für ein sehr kleines Publikum. Zweites sind die finanziellen Mittel als werbefreies, nicht-kommerzielles Medium begrenzt. Die meisten Bürgermedien finanzieren sich aus Spenden und von Geldern der Landesmedienanstalten. Drittens ist die Basis der Bürgermedien das ehrenamtliche Engagement ihrer Journalistinnen und Journalisten. Also Menschen, die neben ihrem Beruf noch Zeit aufbringen, Interviews zu führen und eine Sendung aufzunehmen. Kein leichtes Unterfangen in einer Gesellschaft, wo „Ich hab keine Zeit“ einer der am meisten gesagten Sätze ist. Daher ist es umso wichtiger, die Menschen zu würdigen, die trotzdem Zeit finden Medien zu machen, und sie bei ihrem Engagement zu unterstützen.

Kritisch zu betrachten ist der Schritt, Bürgermedien durch privatwirtschaftliche Ausbildungsender zu ersetzen beziehungsweise die Bürgermedien darin zu integrieren, wie es zum Beispiel in Hamburg der Fall ist. Dort wurde der Offene Kanal durch ein Radio- und Fernsehpro-

gramm der TIDE GmbH ersetzt. Kommerzielles Interesse darf nicht die Gestaltungsfreiheit der Bürgermedien beschneiden. Denn eben jene unvoreingenommene Gestaltungsfreiheit ist es, die Bürgermedien ausmachen. Sie sind keine reinen Ausbildungsschmieden und keine reinen Nachrichtenprogramme. Sie sind das Medium der Bürgerinnen und Bürger – diese sollten ihr Medium auch nach ihren Interessen gestalten können. Deshalb sollten auch Bürgermedien an den Rundfunkgebühren beteiligt werden. Immerhin werden diese von Bürgerinnen und Bürgern bezahlt, sodass diese eben auch von jenen Gebühren profitieren sollten.

Freie Berichterstattung im Grundgesetz

Im Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: „(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...] Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.“ Aus diesem Grundsatz heraus ist es notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zur eigenen Berichterstattung zu gewähren. Der Beruf der Journalistin oder des Journalisten ist aus gutem Grund nicht geschützt, denn zur freien Berichterstattung gehört es, dass jeder und jede Journalistin oder Journalist sein kann.

Radio Lotte Weimar konnte durch seine NSU-Berichterstattung die eigene Bekanntheit deutlich steigern. Mit Sondersendungen zum Thema, die zweimal jährlich ausgestrahlt werden, sorgt es dafür, dass der Prozess in der Öffentlichkeit nicht in Vergessenheit gerät. Die Mediathek wird 28 weiteren Bürgerradios in ganz Deutschland zur Verfügung gestellt. Eine wegweisende Kooperation für mehr Demokratie.

Autorin

Sophia Hofer, Bundesvorstand Jugendpresse Deutschland e.V.

Kontakt: s.hofer@jugendpresse.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de